

V4 Abschiebehaft abschaffen – rassistischer Willkür entgegenreten

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 12.03.2019
Tagesordnungspunkt: TOP 8 Verschiedene Anträge
Status: Modifiziert

1 Bis zu 18 Monate Haft, ohne eine Straftat begangen zu haben. Das ist die
2 Realität vieler Geflüchteter, die in Abschiebehaft sitzen.

3 **Was ist Abschiebehaft eigentlich?**

4 Abschiebehaft bedeutet, dass die Ausländerbehörden oder die Bundespolizei
5 geflüchteten Menschen vor der Abschiebung die Freiheit entziehen. Die Haft ist
6 geregelt in §62 des Aufenthaltsgesetzes. Demnach können Geflüchtete in
7 Schutzhaft genommen werden, wenn sie sich der Abschiebung entziehen wollen. Ob
8 das tatsächlich geplant ist oder passiert, ist hierbei egal, es reicht ein nicht
9 weiter geregelter und sehr unkonkreter „begründeter Verdacht“.

10 Und hier wird es paradox. Denn Abschiebungen werden grundsätzlich nicht
11 angekündigt. Wenn man also mal zufälligerweise nicht da ist, weil man z.B.
12 einkaufen geht, der Staat aber genau dann die Abschiebung durchführen wollte,
13 gilt das als Entziehung von der Abschiebung und man kann hinter Gitter kommen.
14 Geflüchtete wissen also nicht, wann sie abgeschoben werden sollen. Wenn sie aber
15 währenddessen ihrem normalen Lebensablauf nachgehen und nicht zuhause sind,
16 können sie dafür bestraft werden.

17 Daneben können Menschen auch inhaftiert werden, wenn der Staat sie abschieben
18 will, die Abschiebung aber noch nicht sofort vollzogen werden kann, etwa weil
19 Personal oder Flugzeuge fehlen. Und das bis zu 1.5 Jahre.

20 Es handelt sich bei der Abschiebehaft also nicht um eine Strafe, sondern um eine
21 Maßnahme, dem Staat die Abschiebung eben jener Menschen zu erleichtern.

22 Es ist jedoch vollkommen unverhältnismäßig, Menschen zu inhaftieren und ihnen
23 für eine bestimmte Zeit die Freiheit zu entziehen, nur um dem Staat einen
24 Verwaltungsakt zu erleichtern.

25 Und doch soll diese rassistische Praxis, Ausländer*innen zu inhaftieren, um sie
26 aus Deutschland auszuweisen, ausgeweitet werden.

27 Welche Probleme gibt es?

28 Die medizinische und psychologische Versorgung ist in den Abschiebehaftanstalten
29 oft mangelhaft. Ärztliche Untersuchungen finden, wenn sie denn stattfinden,
30 meist ohne professionelle Dolmetscher*innen statt. Darüber hinaus ist auch
31 fachgerechte psychologische Betreuung Mangelware, gerade Psycholog*innen, die
32 sich auf fluchtbedingte Traumatisierungen spezialisiert haben, gibt es in den
33 Abschiebegefängnissen so gut wie nie.

34 Dazu kommt, dass viele Geflüchtete in Abschiebehaft, gerade wenn sie für eine
35 längere Zeit da sind, unter Angst und Depressionen leiden.

36 Es ist klar, dass die Abschiebehaft das Leben der betroffenen Personen massiv
37 einschränkt und ihr Ankommen in Deutschland gefährdet.

38 Rechtswidrige Willkür

39 Dazu kommt, dass ein Großteil der inhaftierten Menschen zu Unrecht in Haft
40 sitzt. Allein in der JVA Büren bei Paderborn waren nach Berechnungen des Vereins
41 „Hilfe für Menschen in der Abschiebehaft Büren e.V.“ im Zeitraum zwischen 2015
42 und 2017 60% der Einlieferungen gerichtlich bestätigt rechtswidrig. Knapp zwei
43 Drittel der Menschen in der nordrheinwestfälischen Abschiebehaft saßen also zu
44 Unrecht dort. Das ist ein unhaltbarer Zustand!

45 Eine so hohe Fehlerquote gibt es in keinem anderen Rechtsgebiet und würde
46 überall sonst auch für Aufruhr sorgen. Die GRÜNE JUGEND NRW fordert die
47 Einhaltung rechtsstaatlicher Standards auch bei Asylverfahren und der Anordnung
48 von Abschiebehaft und ein Ende der staatlichen Willkür Geflüchteten gegenüber!

49 Abschiebehaft in NRW

50 In NRW wurde im Dezember 2018 für eine Ausweitung und Verschärfung der
51 Abschiebehaft gestimmt. Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD wurde etwa
52 beschlossen, dass die JVA Büren, das bundesweit größte Abschiebegefängnis,
53 erweitert wird und mehr Personal erhalten soll.

54 Außerdem wurde eine neue menschenrechtsverletzende Hausordnung beschlossen.
55 Menschen, die in Büren inhaftiert sind, dürfen kein Bargeld mehr bei sich führen
56 oder Handys mit Kamerafunktion besitzen. Auch dürfen Menschen bis zu 16 Stunden
57 am Tag in ihrer Zelle eingesperrt und in Isolationshaft gesperrt werden - ohne
58 je eine Straftat begangen zu haben.

59 Wer darüber hinaus als „gefährliche Person“ eingestuft wird, soll schon
60 präventiv sanktioniert werden, z.B. durch den Entzug von Internetzugängen, oft
61 die einzige Möglichkeit, mit Familie und Freund*innen in Kontakt zu bleiben.

62 Wer eine solche „gefährliche Person“ sein soll bleibt jedoch unklar, denn
63 Menschen die Straftaten begangen haben (sollen) und infolgedessen abgeschoben
64 werden, finden sich nicht in der Abschiebehaft wieder, sondern werden direkt aus
65 der Strafhaft heraus abgeschoben. Damit öffnet diese Regelung Tür und Tor für
66 weitere Willkürmaßnahmen gegen Geflüchtete.

67 Diese Verschärfungen in NRW stellen eine krasse Einschränkung für die Freiheit
68 von Geflüchteten dar und werden von uns als solche abgelehnt.

69 **Seehofers Pläne**

70 Und auch Seehofers Bundesinnenministerium macht mit, wenn es um die Beschneidung
71 von Grund- und Freiheitsrechten für Geflüchtete geht.

72 So heißt es etwa in einem Ideenpapier des Ministeriums, man könne die
73 „Verzichtbarkeit des Richtervorbehalts“ für Geflüchtete in Abschiebehaft prüfen.
74 Auch sollen Geflüchtete zukünftig in normalen Gefängnissen neben verurteilten
75 Straftäter*innen einsitzen. Diese Ideen Seehofers sind nichts weniger als
76 menschenrechts- und verfassungswidrig!

77 Außerdem sollen Menschen zukünftig auch in Abschiebehaft genommen werden können,
78 wenn sie aus Sicht der Behörden nicht gut genug an der Beschaffung von Pässen
79 und Papieren mitwirken. Für eben diese Menschen soll zudem ein neuer Status,
80 noch unterhalb der Duldung eingeführt werden.

81 Dass das völlig an der Realität vorbeigeht und nur dazu dient, Geflüchtete
82 weiter zu schikanieren und zu entrechten, ist einleuchtend.

83 Es gibt viele Gründe, doch dafür Menschen die Integration in die
84 Mehrheitsgesellschaft zu verweigern und sie noch viel mehr mit Haft zu bestrafen
85 ist unmenschlich!

86 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert, dass die rassistische und willkürliche Praxis der
87 Abschiebehaft abgeschafft wird. Denn hier werden Menschen nur eingesperrt, weil
88 sie Ausländer*innen sind und der Staat sich ihre Abschiebung erleichtern möchte.
89 Menschen dafür ihre Freiheit zu entziehen, lehnen wir als vollkommen
90 unverhältnismäßig ab. Auch stehen wir dafür, dass die JVA Büren, das bundesweit
91 größte Abschiebegefängnis, ersatzlos geschlossen wird.

92 Stattdessen müssen wir gerade in Zeiten des Rechtsrucks für die universellen

93 Menschenrechte – gerade auch von Geflüchteten – eintreten und bekräftigen unsere
94 Forderung nach einem bedingungslosen Bleiberecht für alle.

Begründung

erfolgt mündlich